

außerordentliche

Landeskonferenz

11. September 2016

Norderstedt



Beschlussbuch

Sachgebiete

	Jugendwahlprogramm	03
AS	Außen- und Sicherheitspolitik	10
I	Inneres, Demokratie	13
Or	Organisation	15
S	Soziales und Arbeit	17
U	Umwelt und Naturschutz	18
W	Wirtschaft	19

Aufschlag Jugendwahlprogramm

ZUKUNFT VORAUS – SCHLESWIG-HOLSTEIN 2022

Antragssteller: Landesvorstand

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

1 **I. Wir wollen gute Ausbildung und Arbeit.**

2 Ausbildungsplatzgarantie „Kein Abschluss ohne Anschluss“

3 In unserer Gesellschaft werden Lebenschancen schon früh über die Ausbildung bestimmt. Ohne
4 Ausbildung führt für viele der Weg in schlecht bezahlte Beschäftigung oder Arbeitslosigkeit. Nach
5 wie vor gibt es junge Menschen in Schleswig-Holstein, die trotz Eignung keinen Ausbildungsplatz
6 finden.

7 **Unser Anspruch ist: Kein junger Mensch ohne Abschluss. Kein Abschluss ohne Anschluss. Wir**
8 **wollen den Übergang zwischen Schule und Beruf einfacher und gerechter gestalten. Allen**
9 **Jugendlichen mit allgemeinbildenden Schulabschluss und angemessener Ausbildungsreife**
10 **müssen einen Ausbildungsplatz erhalten. Dafür schaffen wir eine Ausbildungsplatzumlage, die**
11 **gut ausbildende Betriebe besserstellt. Zudem wollen wir besondere Angebote für Auszubildende**
12 **mit Defiziten, um diese zu fördern und ihnen eine Ausbildung zu ermöglichen. So werden die**
13 **Ausbildungsbetriebe nicht allein gelassen.**

14 Mindestausbildungsvergütung

15 Gerade in Schleswig-Holstein gibt es viele schlecht bezahlte Ausbildungsplätze. Wer arbeitet, sollte
16 nicht auf Unterstützung angewiesen sein. Von der Ausbildungsvergütung muss man leben können!

17 **Dem Fachkräftemangel kann in naher Zukunft nur begegnet werden, indem jeder**
18 **Ausbildungsberuf in seiner Attraktivität landesweit gefördert wird. Jede Ausbildung ist wichtig!**
19 **– Eine entsprechende Wertschätzung muss auch durch finanzielle Anreize erfolgen. Deshalb**
20 **wollen wir Landesregelungen für eine Mindestausbildungsvergütung. Orientierung dafür ist der**
21 **BAföG-Höchstsatz (aktuell rund 600 €).**

22 Mehr Mitbestimmung bei den Regionalen Bildungszentren

23 Das wichtigste Gremium an den Regionalen Bildungszentren sind die Verwaltungsräte. Obwohl sie
24 die größte Gruppe stellen, sind die Schülerinnen und Schüler dort in der Regel nicht vertreten.

25 **Wir wollen die Reform der Zusammensetzung der Verwaltungsräte. Die Interessen der**
26 **Schülerinnen und Schüler müssen dort direkt repräsentiert sein.**

27 Zusätzlicher gesetzlicher Feiertag

28 Die Produktivität in Schleswig-Holstein ist in den vergangenen Jahren immer größer geworden.
29 Gleichzeitig wächst der Arbeitsdruck enorm. Im Vergleich zu anderen Bundesländern hat der Norden

30 wesentlich weniger Feiertage. Der DGB-Nord hat darauf vor kurzem mit der Forderung nach einem
31 weiteren Feiertag reagiert.

32 **Wir wollen einen zusätzlichen gesetzlichen Feiertag in Schleswig-Holstein. Der 20. Juni als**
33 **Weltflüchtlingstag wäre in dieser Zeit ein starkes Zeichen.**

34

35

36 **II. Wir wollen eine starke demokratische Gesellschaft**

37 Mehr Mittel für die politische Bildung

38 Schleswig-Holstein stellt im Vergleich mit anderen Bundesländern nur einen Bruchteil der
39 notwendigen Mittel für politische Bildung zur Verfügung. Die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre
40 war ein richtiger und notwendiger Schritt. Nun geht es darum die notwendigen Rahmenbedingungen
41 für politische Teilhabe zu schaffen.

42 **Es müssen deutlich mehr Mittel für die politische Bildung und Jugendarbeit bereitgestellt**
43 **werden. Die Angebote für junge Menschen sollen ausgeweitet werden. Aufklärung ist der beste**
44 **Weg, um Radikalisierungen zu verhindern.**

45 Kampf gegen Rechts

46 Wir beobachten eine deutliche Zunahme von rechter Gewalt und Hetze. Auf diese gesellschaftliche
47 Herausforderung gilt es schnell zu reagieren.

48 **Deshalb wollen wir, dass die institutionalisierte Arbeit gegen Rechts ausfinanziert wird.**
49 **Insbesondere in den Schulen gilt es jetzt, verstärkte Aufklärungsarbeit zu leisten.**

50 Wirtschaft/Politik ab der 5. Klasse an allen Schulen

51 Es gibt nach wie vor Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein, die während ihrer Schulzeit
52 nicht in Kontakt mit politischer Bildung kommen. In einer immer komplexeren Welt ist das aber
53 Voraussetzung, um die Kompetenzen für eine gleichberechtigte Teilhabe an unserer Gesellschaft zu
54 erwerben. Das Wahlalter 16 bringt zudem einen weiteren Bedarf an politischer Aufklärung.

55 **Deshalb wollen wir, dass Wirtschaft und Politik ab Klasse 5 in allen Schulen des Landes**
56 **unterrichtet werden. Politische Bildung muss bereits in der Grundschule in- und außerhalb des**
57 **Unterrichts verankert werden. So lernen junge Menschen früh, sich mit politischen Ideen**
58 **auseinanderzusetzen.**

59 Kinder und Jugendliche beteiligen!

60 In Städten und Gemeinden werden Kinder und Jugendliche zu wenig beteiligt. Ihre Beteiligung wird
61 selten ernst genommen und findet in der Realität kaum Beachtung.

62 **Wir wollen die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auch in der Praxis verbindlich**
63 **machen und Kriterien für gute Beteiligung verbindlichen machen. Dafür muss die**
64 **Gemeindeordnung überarbeitet werden.**

65 **Kinder- und Jugendbeteiligung soll sozialpädagogisch begleitet werden und Gegenstand im**
66 **WiPo-Unterricht der Schulen sein. Kommunen sollen durch das Land mit einem**
67 **„Modulbaukasten“ unterstützt werden.**

68 **Die Wahlen der Kinder- und Jugendbeiräte sollen zeitgleich landesweit stattfinden und dadurch**
69 **aufgewertet werden.**

70

71 Parlamentarische Demokratie stärken!

72 Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen über das Beispiel von Schleswig-Holstein hinaus, dass
73 einflussreiche Gruppen die direkte Demokratie für ihre Interessen instrumentalisieren können. Volks-
74 und Bürgerentscheide lassen wenig Spielraum für Ausgleich und Kompromiss. Das Versprechen einer
75 besseren Demokratie können sie oftmals nicht erfüllen.

76 **Wir wollen unsere repräsentative Demokratie stärken und die Hürden für Volksentscheide**
77 **insbesondere auf Landesebene nicht weiter senken.**

78

79 **III. Wir wollen Vorfahrt für Bildung – weil wir die Zukunft sind**

80 105 Prozent Unterrichtsversorgung

81 Nach wie vor gibt es eine Unterversorgung im Bildungsbereich. Ein Teil der geplanten Stunden kann
82 von vornherein nicht erteilt werden. Sobald eine Lehrkraft krank wird, sinken die Chancen auf
83 fachspezifischen Unterricht gegen null. Die Stellenkürzungen der CDU/FDP-Vorgängerregierung
84 wurden zurückgenommen. Darüber hinaus hat die Landesregierung durch die Einstellung hunderter
85 neuer Lehrkräfte die Unterrichtsversorgung verbessert.

86 **Das reicht uns noch nicht! Jede ausgefallene Stunde ist eine zu viel. Für Inklusion,**
87 **Teamteaching und individuelle Förderung werden in Zukunft zusätzliche Lehrkräfte gebraucht.**
88 **Deshalb wollen wir an allen Schulformen 105 Prozent Unterrichtsversorgung bis 2022 erreichen.**

89 Weiterentwicklung des digitalen Lernens

90 Mit dem Internet sind gewaltige Chancen verbunden. Gerade im Bildungsbereich werden diese noch
91 zu selten genutzt. Schüler*innen, Student*innen, Lehrer*innen und Dozent*innen müssen die
92 Möglichkeiten des technologischen Wandels eröffnet werden. Für den Unterrichtsalltag muss zu oft
93 auf kommerzielle Angebote zurückgegriffen werden.

94 **Deshalb sollen Vorlesungen und einzelne Unterrichtseinheiten künftig digital und barrierefrei**
95 **verfügbar sein. Für die kostenfreie und aktuelle Unterrichtsvorbereitung soll eine zentrale**
96 **Internet-Plattform eingerichtet werden. Die Unterrichtseinheiten hierfür werden in**
97 **Zusammenarbeit von Fachwissenschaftlern und Lehrkräften erarbeitet. Auf diese Weise können**
98 **auch zeitnah hochwertige Unterrichtseinheiten zu aktuellen Themen zur Verfügung gestellt**
99 **werden. Dieses Angebot soll um eine zentrale Lernplattform für Schüler*innen erweitert**
100 **werden. Diese soll Unterrichtsvideos und Aufgaben zum eigenständigen Arbeiten zur Verfügung**
101 **stellen. Für uns gilt, dass bei der digitalen Weiterentwicklung in den Bildungseinrichtungen die**
102 **Lehrmittelfreiheit gesichert sein muss.**

103 Chancen für alle

104 Junge Geflüchtete über 18 Jahre fallen oftmals aus dem Bildungssystem heraus. Darum haben sie
105 schlechte Chancen auf Integration, Ausbildung und Arbeit.

106 **Auch für Flüchtlinge müssen wir einen bestmöglichen Übergang von Schule zu Beruf**
107 **organisieren. Wir brauchen individuelle Lösungen, bei denen niemand auf der Strecke bleibt.**
108 **Die duale Ausbildung muss für Flüchtlinge über 21 Jahre geöffnet werden.**

109 Lebenskunde, Ethik, Religion

110

111 Grade jetzt braucht es mehr Wissen über verschiedenen Kulturen und Religionen als Grundlage für
112 gegenseitiges Verständnis. Der konfessionsgebundene und die Schüler*innen trennende

113 Religionsunterricht ist darum ein Überbleibsel aus grauer Vorzeit. Gleichzeitig blockieren die
114 christlichen Kirchen auf Grundlage des Grundgesetzes Veränderungen. In der Folge stehen dem
115 Philosophieunterricht katholischer und evangelischer Religionsunterricht gegenüber. Ein Angebot für
116 junge Muslime fehlt.

117

118 **Deshalb fordern wir die Einführung des Faches LER (Lebenskunde-Ethik-Religion) als**
119 **Alternative zum konfessionellen Religionsunterricht. Bis zu einer Einigung mit den Kirchen soll**
120 **der staatliche Religionsunterricht zumindest eine stärkere interreligiöse Ausrichtung bekommen**
121 **und islamischer Religionsunterricht in staatlicher Verantwortung und deutscher Sprache**
122 **eingeführt werden.**

123

124 Kommunale Bildungsinvestitionen erleichtern

125 Keine Frage: Mit hungrigem Magen und in verfallenden Gebäuden lernt es sich schlecht. Gleichzeitig
126 unterliegen viele Kommunen wegen hoher Verschuldung einer strengen Aufsicht und verschieben
127 Investitionen in ferne Zukunft.

128 **Kinder und Jugendliche, die jetzt zur Schule gehen, müssen sofort bessere Rahmenbedingungen**
129 **bekommen! Die kommunalen Schulträger sollen jetzt Mensen, Arbeits- und Aufenthaltsräume**
130 **und moderne technische Ausstattungen schaffen. Bildungsinvestitionen müssen durch die**
131 **Kommunalaufsicht unabhängig von den Haushaltsbeschränkungen genehmigt und vom Land**
132 **gefördert werden.**

133

134 Sinnloses Rumsitzen beenden

135 Die Abiturient*innen an den Beruflichen Gymnasiums müssen bis zu ihren mündlichen Prüfungen
136 regulär zur Schule gehen, während die Abiturientinnen an Gemeinschaftsschulen und Gymnasien
137 schon nach ihren schriftlichen Abiturprüfungen vom Unterricht befreit sind.

138 **Wir wollen diese Ungleichbehandlung beenden, die Abiturient*innen an Beruflichen Gymnasien**
139 **direkt nach den schriftlichen Abiturprüfungen vom Unterricht befreien und Klausuren, die in**
140 **diesem Zeitraum hätten geschrieben werden sollen, streichen.**

141

142 **IV. Wir wollen ein gutes Leben für junge Menschen in Schleswig-Holstein** 143 Bezahlbarer Wohnraum für junge Menschen

144 In vielen Regionen von Schleswig-Holstein fehlen bezahlbare Wohnungen. Insbesondere in den
145 Hochschulstädten sind die Preise hoch. Aber auch junge Auszubildende können sich im Hamburger
146 Rand kaum eigene Wohnungen leisten.

147 **In Schleswig-Holstein müssen pro Jahr 5.000 zusätzliche bezahlbare Wohnungen gebaut**
148 **werden. Das Angebot muss mit der Nachfrage Schritt halten. Um den Wohnungsmarkt zu**
149 **entlasten, muss das Land massiv in neue Studierendenwohnheime investieren. Dafür muss das**
150 **Studentenwerk sowohl mit mehr finanziellen Mittel als auch Personal und Bauflächen**
151 **unterstützt werden. In einigen Regionen sind zudem auch Wohnheime für Auszubildende nötig.**
152 **Zur Förderung des kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus muss das Land ein**
153 **Investitionsprogramm aufsetzen.**

154 Schnelles Internet überall

155 Deutschland gehört unter den Industriestaaten zu den absoluten Schlusslichtern bei der Versorgung
156 mit schnellem Internet. Gerade junge Menschen sind darauf angewiesen, dass sie überall gute
157 Verbindungen haben. Das Leben ist heute ohne das Internet undenkbar.

158 **Schleswig-Holstein muss mehr in den Ausbau schneller Internetverbindungen investieren. Wir
159 wollen den Glasfaserausbau voranbringen. Wir brauchen zusätzliche freie Wlan-Netze. Das gilt
160 für alle öffentlichen Verkehrsmittel und Plätze. Die Kommunen stehen in der Verantwortung,
161 Hotspots zur Verfügung zu stellen.**

162 Kostenfreie Bildung: Von der Kita bis zur Uni

163 Junge Menschen bringen Karriere, Kinder und häufig auch die Pflege der Eltern unter einen Hut. Für
164 viele ist das großer Stress. Häufig kommen zu den Zeitproblemen finanzielle Belastungen.

165 **Wir wollen junge Menschen unterstützen, ihren eigenen Weg zu gehen. Dazu gehört kostenfreie
166 Bildung von der Kita über Schule und Ausbildung bis zum Hochschulabschluss. Dafür muss die
167 Befreiung von den Kita-Gebühren schrittweise ausgeweitet werden. Das Ziel ist die komplette
168 Kostenfreiheit. Hamburg und Rheinland-Pfalz zeigen, dass es geht.**

169 Cannabis legalisieren

170 Die Kriminalisierung von Cannabis ist auch in Schleswig-Holstein überholt. Nachweislich hat
171 Cannabis keine schädlicheren Folgen als Alkohol. Die Verbote zwingen Konsumentinnen und
172 Konsumenten auf einen völlig unkontrollierten Schwarzmarkt. Durch die Legalisierung kann der
173 Verkauf reguliert und der Konsum verunreinigter Cannabisprodukte verhindert werden.

174 **Schleswig-Holstein soll sich auf Bundesebene für die Legalisierung von Cannabis einsetzen.
175 Neben einem Besteuerungssystem soll auch ein Konzept erarbeitet werden, durch das Anbau
176 und Vertrieb analog zur Alkohol-Industrie ermöglicht werden. Auf Landesebene wollen wir die
177 Eigenbedarfsgrenze auf 30 Gramm anheben.**

178 Gutes Leben – überall!

179 Die Wege zu Schule und Arbeit sind auf dem Land für junge Menschen länger. Aber auch in den
180 Ballungsräumen sind Kinder und Jugendliche oft öffentlichen Nahverkehr angewiesen, um sicher zur
181 Schule zu kommen und ihre Freizeit selbstbestimmt zu gestalten. Mobilität darf nicht über
182 Lebenschancen entscheiden.

183 **Wir brauchen kurzfristig Zuschüsse des Landes für Auszubildende, die Probleme mit den
184 Kosten für Fahrten und Unterkunft haben. Den Schüler*innen der allgemein bildenden Schulen
185 sollen die Fahrtkosten bis zum Abschluss erstattet werden. Für verlässliche Verbindungen
186 können viele stillgelegte Bahnstrecken aktiviert werden. Wir brauchen ein Azubi-Ticket welches
187 mittelfristig an die Bereiche der Semestertickets Studierender angeglichen wird, mindestens
188 aber den Weg zwischen Heimats-, Ausbildungsort und der Berufsschule abdeckt. Mittelfristig ist
189 ein landesweites Semesterticket für Studierende und Azubis anzustreben. Auf lange Sicht soll
190 das Land die Voraussetzungen für einen umlagefinanzierten, fahrscheinlosen Nahverkehr
191 prüfen.**

192

193 **V. Schleswig-Holstein heißt Willkommen!**

194 Wir haben die Verantwortung Menschen auf der Flucht aufzunehmen. Wir wollen ihnen ein Leben in
195 Sicherheit ermöglichen und Willkommenskultur leben!

196 **Auf Landesebene müssen wir Sprach- und Beratungsangeboten ausbauen und für nicht-**
197 **anerkannte Geflüchtete öffnen. Deutsch als Fremdsprache muss auch in der Fläche angeboten**
198 **werden. Vor allem der Zugang zum Arbeitsmarkt muss für Geflüchtete erleichtert werden,**
199 **dafür müssen Berufs- und Studienabschlüsse schnell anerkannt werden. Um dies zu**
200 **gewährleisten bedarf es geeigneter Regelstrukturen in Form einer zentralen**
201 **Anerkennungsstelle. In ihr sollen Arbeitsrechtsexperten*innen der Ämter und der**
202 **Wohlfahrtsverbände tätig sein.**

203 **Geflüchtete müssen Unterstützung für Ausbildung oder Studium erhalten. Dafür bedarf es**
204 **einerseits finanzieller Unterstützung aber auch die Möglichkeit, in der Nähe von Universitäten,**
205 **Ausbildungsstätten und Berufsschulen leben zu können.**

206 **Menschen, die zu uns kommen brauchen schnell die Gewissheit, hierbleiben zu dürfen.**

207 **Dafür brauchen wir mehr Richterinnen und Richter in der Verwaltungsgerichtsbarkeit, um auf**
208 **Asylklagen schnell reagieren zu können. Um dies kompetent tun zu können muss in der**
209 **Justizausbildung der Bereich Migrations- und Asylrecht zum Pflichtfachstoff gehören.**

210 **Viele Lehrerinnen und Lehrer sowie Studierende des Lehramtes möchten sich in diesem Bereich**
211 **Integration engagieren. Die Ausbildung im Fach Deutsch als Fremdsprache soll für alle**
212 **Lehrerinnen und Lehrer sowie die Studierende des Lehramtes geöffnet werden. Des Weiteren**
213 **fordern wir die Möglichkeit einer hürdenfreien Aus- und Weiterbildung aller Lehrkräfte,**
214 **welche bereits im Schulbetrieb tätig sind.**

215

216 **VI. Für uns zählen Menschen, nicht die Geschlechter**

217 **Wir wollen in einer Gesellschaft leben in der weder das Geschlecht noch die sexuelle**
218 **Orientierung oder Identität eine Rolle spielt. Mobbing und Benachteiligungen sind in Schulen**
219 **oder auf der Arbeit aber noch immer allgegenwärtig.**

220

221 **Die Politik muss für uns in all ihren Bereichen Geschlechtergerechtigkeit mitdenken.**
222 **Das fängt bei der Aufstellung des Haushaltsplanes an (Gender Budgeting) und geht**
223 **weiter bis hin zur Förderung von Kampagnen an Schulen, Berufsschulen sowie**
224 **Hochschulen gegen Homophobie und anderen Formen von Diskriminierungen.**

225

226 Sexualpädagogik fördern

227

228 **Diskriminierungen auf dem Schulhof, im Freizeitbad oder auf irgendwelchen Partys basieren**
229 **in vielen Fällen auf Unwissenheit. Unsere Bildungseinrichtungen müssen der Ort sein, um für**
230 **alle Formen von Diskriminierungen und Mobbing entgegenzutreten und Sensibilität zu**
231 **schaffen. Bereits im Kindergarten werden Geschlechterrollen angenommen. Dort sollen**
232 **Mädchen bereits mit Puppen spielen und Jungs sollen stets Fußball mögen.**

233

234 **Eine stärkere Verankerung der Sexualpädagogik und Thematisierung von**
235 **Genderfragen in der Ausbildung von Erzieher*innen und Lehrer*innen, ist für uns ein**
236 **wichtiger Schritt. Es ermöglicht, dass die Menschen in Schleswig-Holstein sich frei von**
237 **vorgegebenen Geschlechterrollen entwickeln können. Auch eine derartige Beschäftigung**
238 **in der Schule und in der Ausbildung ist für uns unerlässlich.**

239

240

241

242

243 Beratungen ausbauen und weiterentwickeln

244

245 Frauenhäuser und Beratungen für Frauen, welche Gewalt erfahren mussten, sind wichtige
246 Anlaufstellen. Durch die steigenden Anfragen von geflüchteten Frauen stehen unsere
247 Beratungseinrichtungen vor neuen Herausforderungen.

248

249 **Die Beratungsstellen und Frauenhäuser in unserem Land müssen ausfinanziert werden,**
250 **so dass sie die Anforderungen der Beratungen auch tatsächlich gewährleisten können.**
251 **Wir brauchen Weiterbildungsmöglichkeiten für unsere Berater und Beraterinnen in**
252 **den Bereichen Trauma- und Fluchterfahrungen sowie in der Sprachqualifizierung,**
253 **damit wir geflüchteten Menschen helfen können, ihre Fluchterfahrungen zu**
254 **verarbeiten. Zudem wollen wir bedarfsgerechte Beratungsangebote auch für Männer**
255 **bereitstellen.**

256

257 **VII. Unser Europa vor der Haustür ist der Ostseeraum!**

258 Europa ist in einer großen Krise. Das Friedensprojekt ist in Gefahr, offene Grenzen werden wieder
259 geschlossen. Als direkter Nachbar von Skandinavien und Tor zum Ostseeraum hat Schleswig-Holstein
260 eine besondere Verantwortung.

261 **Wir jungen Menschen sind in einem grenzenlosen Europa aufgewachsen. Das lassen wir**
262 **uns nicht nehmen! Wir kämpfen für ein geeintes Europa. Es geht um unsere Zukunft.**
263 **Wir wollen Zusammenhalt statt Spaltung. Begegnung schweißt zusammen. Deshalb ist**
264 **es wichtig, Jugendaustausch zu fördern. Grenzübergreifendes Leben und Arbeiten muss**
265 **noch viel einfacher werden. Schul- und Hochschulkooperation gestärkt und bestehende**
266 **Angebote ausgebaut werden.**

Außen- und Sicherheitspolitik

AS1: Kein Einsatz der Bundeswehr im Inneren

Antragssteller: Kreisverband Kiel

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

1 *Die Landeskonzferenz möge beschließen:*

2

3 Die Jusos Schleswig-Holstein bekräftigen ihre Ablehnung eines Einsatzes der Bundeswehr im
4 Inneren außerhalb des derzeit im Grundgesetz gültigen Rahmens.

5 Wir fordern die SPD auf, sich mit allen politischen Mitteln gegen den Einsatz der
6 Bundeswehr im Inneren einzusetzen.

7 Wir fordern, die Polizei sowohl personell als auch technisch so auszustatten, dass sie in der
8 Lage ist die gestellten Aufgaben zu erfüllen.

9

10 **Begründung:**

11

12 Und wieder mal wird es diskutiert. Einige sinnieren öffentlich über den Einsatz der
13 Bundeswehr im Inneren. Die Mütter und Väter des deutschen Grundgesetz haben klug
14 entschieden, dass es eine Verteidigung gegen äußere Gefahren gibt, welche durch das Militär
15 und den Auslandsgeheimdienst wahrgenommen wird, und dass die Verteidigung der Gesetze
16 im Inneren durch die Polizei durchgeführt wird. Diese strikte Trennung von
17 Landesverteidigung und Verbrechensbekämpfung ist durchaus nicht ohne Sinn im
18 Grundgesetz verankert worden. Nach der großen Flut in Hamburg im Winter 1961 hat man
19 politisch entschieden, dass die Bundeswehr im Fall von Naturkatastrophen zur Unterstützung
20 der zivilen Kräfte eingesetzt werden darf Art. 35 (2) GG. Aufgrund der Fähigkeiten der
21 Bundeswehr im Sanitätsbereich und auch durch die Fähigkeiten von Pioniereinheiten kann
22 diese Einsatzform der Bundeswehr im Inneren bei Naturkatastrophen noch gerechtfertigt
23 werden, da diese Fähigkeiten bei der Polizei, oder dem Katastrophenschutz nicht in der
24 Konzentration vorgehalten werden können, wie es bei außergewöhnlichen Naturereignissen
25 an Menge und Dauer nötig sein kann. Grundsätzlich ist es erlaubt über Änderungen des
26 Grundgesetzes nachzudenken, dennoch ist es am Ende immer eine politische Frage, und nicht
27 eine Frage ob es rechtlich möglich ist.

28

29 Man kann behaupten, dass die Bedrohungslage in der Bundesrepublik durch terroristische
30 Anschläge durchaus schon dramatischer war, als sie heute ist. Selbst zum Höhepunkt der
31 Aktivitäten der deutschen Terrororganisationen wie z.B. der „Rote Armee Fraktion“ 1977, hat
32 die Regierung Schmidt den militärischen Einsatz im Inneren nicht in das Grundgesetz
33 eingebracht. Allerdings wissen auch wir Jusos Kiel, dass Sicherheit zu den Grundbedürfnissen
34 eines jeden Menschen gehört. Aber gerade um dieses Grundbedürfnis zu erfüllen ist es
35 unangebracht das Militär auf die Straße zu bringen, um öffentliche Einrichtungen zu schützen,
36 oder ähnliche Aufgaben zu erfüllen. Das Offene zur Schau stellen von militärischer Macht ist
37 ein Markenzeichen von Diktaturen, und erhöht das Sicherheitsgefühl nicht. Auch ist zu

38 bezweifeln, dass die Sicherheit objektiv erhöht würde. Wir Jusos Kiel sind der Auffassung,
39 die Trennung von Landesverteidigung und Verbrechensbekämpfung aufrecht erhalten werden
40 muss, und lehnen deswegen die Kompetenzerweiterung des Militärs, auch im inneren
41 eingesetzt zu werden ab.

42
43

AS2: Jetzt erst recht!

Antragssteller: Kreisverband Rendsburg-Eckernförde

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

1 Die Landeskonzferenz der Jusos Schleswig-Holstein möge folgendes beschließen:

2

3 Das Abstimmungsergebnis der EU-Abstimmung im Vereinigten Königreich liegt hinter uns
4 und das Ergebnis ist ein Schock für das vereinte Europa. Immer deutlicher wird jetzt, dass die
5 Warnungen der EU-Befürworter alles andere als untertrieben waren. Europa, vor allem aber
6 das Vereinigte Königreich taumeln ins Ungewisse, zurück in die Vergangenheit.

7 Mehr aber als der bevorstehende Austritt selbst, schockieren die Gründe vieler für ihre
8 Wahlentscheidung: Die Angst vor Zuwanderung und eine Verwertungslogik, die sagt, wer
9 mehr an Europa zahlt, als er bekommt, müsse austreten. Vergessen scheinen die hohen Ideale,
10 die den eigentlichen Hintergrund dieser Europäischen Union darstellen. Ideen von
11 Völkerverständigung, Freiheit, Wohlstand und Solidarität. Ideen, die uns über 70 Jahre
12 Frieden gebracht haben, die es vor 25 Jahren friedlich geschafft haben, Osteuropa Freiheit und
13 Selbstbestimmung zu geben.

14 Deshalb fordern wir,

15

16 1. die Europäische Union auf eine wahrhaftige demokratisch legitimierte Basis zu
17 stellen; im demokratischen Parlamentarismus kann eine Regierung nur und einzig
18 vom Parlament abhängen. Europas Zukunft kann nur in einer Rückbesinnung auf
19 die eigenen Werte liegen; zuallererst ist Europa aber die Wiege der Demokratie.

20

21 2. eine europaweite Wahl des Europaparlaments nach den Grundsätzen der
22 Verhältniswahl, auf dass nicht schon das Wahlrecht die Spaltung in nationale
23 Lager zementiert.

24

25 3. Nationalisten endlich konsequent den Kampf anzusagen; im Anbetracht des
26 Austritts und aller globalen Herausforderungen, von grundloser
27 Überfremdungsangst über kopf- und konzeptlose Abstiegsängste bis zum
28 Klimawandel zeigt sich, dass es heißen muss: jetzt erst recht! Jetzt erst recht in
29 eine gemeinsame europäische Zukunft, zeigt doch die Überstaatlichkeit dieser
30 Punkte gerade die fehlende Zukunftsfähigkeit jedweder Kleinstaaterei.

31

32 4. ganz im europäischen Sinne über nationale Grenzen hinweg offensiv für die in der
33 Vergangenheit so erfolgreichen europäischen Ideen von Frieden und Wohlstand

34 für alle in Europa zu werben; jede Mentalität des reinen dagegen ist zu allererst
35 gegen die Demokratie, jede Mentalität des Nationalen ist zu allererst gegen den
36 Frieden und muss deshalb ohne Zukunft bleiben.

37

38

39 Das Alte und Morsche, der europäische Nationalismus, ist überkommen. Es lebe das Neue; es
40 lebe die europäische Demokratie.

41

42 **Begründung:**

43

44 Erfolgt mündlich.

45

Inneres, Demokratie

I1: Staatsbürgerschaft ist Geburtsrecht

Antragssteller: Kreisverband Pinneberg

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

1 *Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:*

2

3 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, auf ein Gesetz hinzuwirken, welches dafür
4 sorgt, dass Kinder, die in Deutschland geboren werden, automatisch, unabhängig von der
5 Staatsbürgerschaft ihrer Eltern und deren Staatsbürgerschaft sowie derer bisherigen
6 Verweildauer in Deutschland, ihre Staatsbürgerschaft erhalten. Die Gesetze in Bezug auf die
7 doppelte Staatsbürgerschaft sollen davon unberührt bleiben.

8

9 **Begründung:**

10

11 Die mit den Rechten und Pflichten verbundene Staatsbürgerschaft sorgt für eine
12 bessere Integration von Geflüchteten und Eingewanderten in Deutschland.

13

I2: (Meinungs-) Freiheit statt Feudalismus

Antragssteller: Kreisverband Steinburg

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

1 Die Juso Landeskonferenz möge beschließen:

2

3 Die Jusos Schleswig-Holstein setzen sich für eine ersatzlose Abschaffung der Paragraphen
4 103 und 166 StGB ein.

5

6 **Begründung:**

7

8 Die letzten Monate haben uns ins Gedächtnis gerufen, dass Teile des StGB kaum mit einem
9 modernen und demokratischen Rechtsstaat vereinbar sind.

10

11 In der sogenannten „Böhmermann-Affäre“ wurde ein Satiriker aufgrund des „Schah-
12 Paragraphen“ 103 gegen die „Beleidigung von Organen und Vertretern ausländischer Staaten“
verklagt, es droht ihm eine Haftstrafe. Wir erleben somit, wie ein moderner Autokrat sich

13 eines aus der monarchistischen Kaiserzeit stammenden Gesetzes bemächtigt, um gegen die
14 Freie Meinungsäußerung in Deutschland vorzugehen.

15 Der § 185 StGB (auf dessen Grundlage entgegen dem Rechtsgrundsatz „nicht zweimal für
16 dasselbe Verbrechen“ ebenfalls Strafantrag gegen Jan Böhmermann gestellt wurde) bietet
17 einem jeden, der sich durch eine andere Person beleidigt fühlt, die Möglichkeit, juristisch
18 dagegen vorzugehen, wie es in einem Rechtsstaat selbstverständlich ist. Eine zusätzliche
19 Möglichkeit für Staatschefs, Druck auf Bürger anderer Staaten auszuüben, ist in keiner Weise
20 notwendig; vielmehr bietet § 103 Staatsoberhäuptern, und somit eben auch Diktatoren und
21 Gewaltherrschern, eine Möglichkeit der Schikane gegen Kritiker.

22 Wir Sozialdemokraten, die unter der Monarchie, die dieses ungerechte Gesetz als Instrument
23 der Machtausübung geschaffen hat, besonders zu leiden hatten, sollten uns daher unbedingt
24 für eine Abschaffung des § 103 einsetzen.

25

26 *„Ein Staatspräsident ist kein König; dessen zwei Körper, jene mystische Union von Amt und
27 Leib, sind 1793 von der Guillotine gekappt worden – für alle Zeiten. Majestätsbeleidigung als
28 Straftatbestand ist mit der Idee der Republik nicht vereinbar.*

29 - Beat Wyss, Kunsthistoriker

30

31 Aus derselben Zeit wie § 103 stammt der „Gotteslästerungsparagraph“ 166 StGB. Dass auch
32 dieser hoch aktuell ist, wurde Anfang des Jahres durch die Verurteilung eines Rentners in
33 Lüdinghausen zu einer Geldstrafe deutlich, der „blasphemische“ Sprüche auf seine
34 Heckscheibe geschrieben hatte. Da Atheisten, Agnostiker und andere Konfessionslose nicht
35 durch ein vergleichbares Gesetz vor Verunglimpfung ihrer Ansichten geschützt sind, handelt
36 es sich bei § 166 um eine juristische Bevorzugung religiöser Bürger gegenüber nicht-
37 religiösen, da ihren Überzeugungen ein besonderer Schutz gewährt wird.

38

39 *„Ich mag mich nicht gern mit der Kirche auseinandersetzen; es hat ja keinen Sinn, mit einer
40 Anschauungsweise zu diskutieren, die sich strafrechtlich hat schützen lassen.“*

41 - Kurt Tucholsky

42

43 Wie § 103 als Machtinstrument des Adels erdacht wurde, diente § 166 bei seiner Schaffung
44 im Jahre 1851 dem Schutz der christlichen Staatskirchen vor Kritik. Beide Paragraphen
45 stellen Relikte einer monarchischen Gesellschaftsordnung dar, die mittlerweile überwunden
46 wurde. Daher sind § 103 und § 166 als zwei Eier aus dem selben Karton zu betrachten, sie
47 zusammen abzuschaffen ist nur konsequent.

48 Derzeit arbeitet Bundesjustizminister Maas daran, das StGB von Rückständen des
49 Nationalsozialismus zu reinigen. Die SPD sollte als stärkste progressive Kraft in Deutschland
50 die entfachte Diskussion um die beiden Paragraphen nutzen, um auch die letzten Elemente
51 des Feudalismus aus dem StGB zu tilgen, und wir Jusos sollten vorangehen.

52

53

Organisation

Or1: Garantiert unabhängig

Antragssteller: Kreisverband Kiel

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

1 Die Jusos Schleswig-Holstein fordern:

2

3 Die SPD Schleswig-Holstein, ihre Gliederungen und ihre Mandatsträger_innen verzichten auf
4 Spenden von Unternehmen und Verbänden.

5 Weiterhin setzen sie sich dafür ein, diese Regelung auf die gesamte Partei zu übertragen.

6

7 **Begründung:**

8

9 Spenden von Unternehmen und Lobbyverbänden stehen schon immer im Verdacht zur
10 Einflussnahme auf Entscheidungen von Parteien, Abgeordneten und Regierungen genutzt zu
11 werden. Auch wenn die SPD aufgrund ihrer Geschichte und Programmatik klar erkennbar
12 andere Ziele verfolgt, sollte diese Möglichkeit für falsche Anschuldigungen versperrt werden.
13 Gerade in Zeiten sinkender Wahlbeteiligung und steigender Politikferne ist dies ein starkes
14 Zeichen nach außen und schafft eine Profilierung gegenüber anderen Parteien und
15 Interessenverbänden.

16 Daneben ist die SPD finanziell nicht auf entsprechende Spenden angewiesen, sondern erzielt
17 den größten Teil ihrer Einnahmen weiterhin aus Beiträgen und Spenden von Mitgliedern. Die
18 Spendenbereitschaft könnte weiter steigen, wenn die Menschen sehen, dass "ihre SPD" auf
19 ihre Hilfe angewiesen ist.

20

21

Or2: Rote Linien überschritten - CETA muss abgelehnt werden!

Antragssteller: Kreisverband Dithmarschen

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

1 Die Jusos Schleswig-Holstein fordern die SPD-Bundestagsfraktion und den SPD-
2 Parteikonvent auf, CETA in der derzeitigen Form abzulehnen.

3

4 **Begründung:**

5 Die Sozialdemokratie entscheidet am 19.09 endgültig über ihre Position zu CETA
6 (Comprehensive Economic and Trade Agreement) dem Freihandelsabkommen mit Kanada.
7
8 Bisher war die Einbindung der Partei vorbildlich. Ein anderer SPD-Parteikonvent hat
9 umfassende „rote Linien“ bestimmt, welche für eine Zustimmung erfüllt sein müssen.
10
11 Diese roten Linien wurden an vielen Stellen überschritten. Deswegen ist eine Ablehnung von
12 CETA nur folgerichtig.
13
14

Or3: Mehr Konkurrenzbeobachtung und Seminare vor den Wahlkämpfen

Antragssteller: Kreisverband Steinburg

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

1 *Die Juso Landeskonferenz möge beschließen:*
2
3 Der Juso-Landesvorstand und die Arbeitsgemeinschaften werden dazu aufgefordert,
4 Seminare, die auf wenig Resonanz treffen, künftig nicht mehr zu veranstalten, sondern die
5 dazu verwendeten Mittel in Projekte und Seminare zur Konkurrenzbeobachtung zu
6 investieren.
7
8 **Begründung:**
9
10 Die Landtags- und Bundestagswahlen 2017 werden politische Jugendorganisationen vor
11 neuen Herausforderungen stellen, mit denen wir uns seit der Gründung der Bundesrepublik
12 noch nie aussetzen mussten. Neben der steigenden Politikverdrossenheit bei Jugendlichen und
13 jungen Erwachsenen stellt sich uns auch die Herausforderung gegen die rechte Hetze der AfD
14 und anderen rechtspopulistischen Parteien zu kämpfen. Dazu müssen wir in uns selbst
15 investieren, um den rechtspopulistischen Meinungen im Straßenwahlkampf die Stirn bieten zu
16 können. Die Widerlegung von rechten Argumenten mit Vernunft, Einfühlungsvermögen und
17 Grundsätzen fällt immer schwerer, da das Grundgesetz immer häufiger in die Argumentation
18 von rechten einfließt und eine falsche Interpretation von Gesetzen dadurch stattfindet, die der
19 rechten Hetze dienlich sind. Daher müssen die Jugendverbände politischer Parteien die
20 Initiative ergreifen und dem entsprechend entgegenwirken. Durch Seminare und Projekte vor
21 den Wahlkämpfen müssen wir Jusos, die einen erheblichen Teil des Straßenwahlkampfes der
22 SPD tragen, weitergebildet werden, um in Diskussionen mit potenziellen Wählern rechte
23 Argumente zu widerlegen und die Sozialdemokratie als die bessere Wahlmöglichkeit
24 darzulegen. Dies kann allerdings nur geschehen, wenn wir unsere Mittel zu nutzen wissen.
25

Soziales und Arbeit

S1: Pflege

Antragssteller: Kreisverband Segeberg

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

- 1 Die Landeskonzferenz möge beschließen:
- 2 Krankenhäuser und Pflegeheime sind profitorientierte wirtschaftliche Unternehmen. Das
- 3 erkennt man direkt in der Pflege an Personal- und Zeitmangel. Um das zu verändern, muss die
- 4 professionelle Pflege modernisiert werden. Dies ist nur durch eine starke politische
- 5 Interessenvertretung der Pflege möglich. Deswegen unterstützen wir ausdrücklich die
- 6 Einführung der Pflegekammer in Schleswig-Holstein. Allgemeines Ziel sollte die
- 7 flächendeckende Interessenvertretung durch Pflegekammern nach dem schleswig-
- 8 holsteinischen Vorbild in allen Bundesländern sein. Um die Arbeitsbedingungen für die
- 9 professionell Pflegenden nachhaltig zu verbessern, müssen Anreize für den sinnvollen Kauf
- 10 von unterstützenden Geräten gesetzt werden und ein gesetzlich festgeschriebener
- 11 Personalschlüssel eingeführt werden.
- 12 **Begründung:**
- 13 erfolgt mündlich

Umwelt und Naturschutz

U1: Sekationsverbot, sofort!

Antragssteller: Kreisverband Steinburg

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

1 *Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:*

2

3 Die Landtags- und Bundestagsfraktionen werden aufgefordert die sogenannte Sekation⁽¹⁾ in
4 der Landwirtschaft durch einen Gesetzesbeschluss umgehend zu unterbinden.

5

6 (1) Erzielen von schnelleren Austrocknen durch zusätzliche Behandlung des noch grünen Getreides mit
7 Pestiziden wie mit dem glyphosathaltigen Herbizid Roundup

8

9 **Begründung:**

10

11 Erfolgt mündlich

12

Wirtschaft

W1: Keine lokale Benachteiligung im Strompreis

Antragssteller: Kreisverband Pinneberg

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

1 Im bundesweiten Durchschnitt machen die Netznutzungsentgelte (NNE) mit 22 % den
2 drittgrößten Anteil am Strompreis aus (nach Steuern und staatlichen/ kommunalen Abgaben
3 mit durchschnittlich 53 % und Produktion bzw. Beschaffung und die Margen der
4 Energieversorger mit durchschnittlich 23,8 %; Stand 2015). In den NNE sind enthalten:

- 5
- 6 • Nutzung der Netzinfrastruktur (Leitungen, Transformatoren, Schaltanlagen usw.),
- 7
- 8 • Bereitstellung der Systemdienstleistungen (Frequenzhaltung, Spannungshaltung,
- 9 Versorgungswiederaufbau und Betriebsführung),
- 10
- 11 • Deckung der beim Stromtransport auftretenden Verluste und
- 12
- 13 • Marge für den Netzbetreiber.
- 14

15 Die unterschiedlichen Übertragungs- und Verteilungsnetzbetreiber erheben individuelle NNE.
16 Dadurch ergeben sich in der Praxis regional sehr unterschiedliche NNE, obwohl die NNE
17 durch die Bundesnetzagentur genehmigt werden müssen. Sie reichen von 4,75 Cent je
18 Kilowattstunde (kWh) in Düsseldorf bis hin zu 9,88 Cent je kWh im nördlichen Brandenburg
19 (Stand 2015). Diese Differenz führt zu einer jährlichen Mehrbelastung für einen
20 durchschnittlichen Vier-Personen-Haushalt (Verbrauch i. H. v. rund 5000 kWh pro Jahr) von
21 über 250 EUR.

22

23 Die unterschiedlichen NNE führen zu einer Benachteiligung von in Regionen mit wenigen
24 Stromverbraucher*innen wohnhaften Konsument*innen. Ferner ergeben sich durch die
25 unterschiedlichen Strompreise Standortnachteile bzgl. der Ansiedlung von Unternehmen.

26

27 Infolgedessen wird die SPD-Bundestagsfraktion aufgefordert, sich für eine bundesweit
28 einheitliche Höhe der Netznutzungsentgelte einzusetzen.

29

30 **Begründung:**

31 Erfolgt mündlich.

33

W2: Versagen privatwirtschaftlicher Unternehmen nicht auf Konsument*innen umlegen

Antragsteller: Kreisverband Pinneberg

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

1 Die Anbindung der Offshore-Windparks (Windenergieanlagen auf hoher See) ans Stromnetz
2 ist Aufgabe der Übertragungsnetzbetreiber (ÜBN). Sollten die ÜBN dieser Aufgabe nicht
3 nachkommen und sind infolgedessen die Betreiber der Windparks nicht in der Lage, den
4 potenziell produzierten Strom ins Stromnetz einzuspeisen, sind die ÜBN zur Leistung von
5 Entschädigungszahlungen gegenüber der Betreiber der Windparks verpflichtet. Die ÜBN sind
6 nach § 17f Abs. 5 Energiewirtschaftsgesetz berechtigt, die Kosten für
7 Entschädigungszahlungen als Teil des Strompreises gegenüber Konsument*innen geltend zu
8 machen.

9
10 Die sogenannte Offshore-Haftungsumlage macht für Privatkund*innen im Jahr 2016 ungefähr
11 0,4 Cent pro Kilowattstunde aus. Obwohl diese mit durchschnittlich weniger als 2 % nur
12 einen relativ geringen Anteil am Strompreis ausmacht, ist es nicht akzeptabel, dass das
13 Versagen von privatwirtschaftlichen Unternehmen, die über natürliche Monopole verfügen,
14 auf Verbraucher*innen umgelegt wird.

15
16 Daher wird die SPD-Bundestagsfraktion aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die
17 Offshore- Haftungsumlage ersatzlos abgeschafft wird und dass künftige
18 Entschädigungszahlungen durch eine Reduzierung der Margen finanziert werden.

19
20 **Begründung:**

21
22 Erfolgt mündlich.